



Interpellation Nr. 161 2000/2004

Eingang Stadtkanzlei: 3. Dezember 2001

Verfahrensweg von parlamentarischen Vorstössen sowie die Ermittlung der Kosten, die ihre Beantwortung in der Verwaltung verursacht

Parlamentarische Vorstösse erfüllen in unserer Demokratie wichtige und vielfältige Funktionen. Sie werden in ihrer Gesamtheit zuweilen aber auch immer mehr sehr kritisch hinterfragt: Sei es, weil ihre Zahl in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat oder weil der Stoss der behandlungsreifen, aber pendenten Vorstösse einen Schatten auf den Ratsbetrieb wirft, sei es, weil sie unter dem Verdacht stehen, in der Verwaltung massive Aufwände zu verursachen – bei letztlich geringer Wirksamkeit.

Wir bitten den Stadtrat, verschiedene im Zusammenhang mit dem Vorstösswesen stehende Aspekte zu untersuchen. Im Wesentlichen sind folgende drei Fragen zu beantworten:

- Welche Verfahrensschritte durchlaufen parlamentarische Vorstösse vom Zeitpunkt ihrer Einreichung bis zu ihrer Erledigung?
- Wie hoch waren die Kosten der Verwaltung für die Beantwortung von Vorstössen während der letzten Legislatur?
- Gibt es bei der aktuellen Beantwortungspraxis Möglichkeiten von Änderungen und Alternativen?

Matthias Birnstiel
namens der CVP/CSP-Fraktion